

Ergebnisprotokoll

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates
vom 18.05.2026

Beginn: 19:17 Uhr

Ende: 20:53 Uhr

TOP 1: Bürgerfragen

Es gibt keine Bürgerfragen.

TOP 2: Bekanntgaben

TOP 2.1: Digitalisierung - Aktueller Stand

Auf Anfrage der CDU-Fraktion in einer der vergangenen Sitzungen informiert Kämmerer Jauß – auch Leiter der IT-Verwaltung – das Gremium über den aktuellen Stand der Digitalisierung in der Gemeindeverwaltung. Die gezeigte Präsentation wird Bestandteil des Protokolls.

Bereits heute könnten zahlreiche Dienstleistungen online über das Portal „Service-BW“ abgewickelt werden. Dazu gehören unter anderem die An- und Abmeldung von Hunden, Gewerbeanmeldungen, die Beantragung von Meldebescheinigungen und Führungszeugnissen sowie die Online-Terminvereinbarung. Über externe Anbindungen können auch Bauanträge digital über das Landratsamt eingereicht werden. Eine online- Beantragung von Altersrenten, Führungszeugnissen oder Adressänderungen auf der eID-Karte sei ebenso möglich wie die Einsicht in Bebauungspläne, eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister oder die Beantragung eines Wahlscheins.

Intern habe die Verwaltung bereits die digitale Rechnungsfreigabe sowie ein elektronisches Rechnungsarchiv eingeführt. Zudem erfolge die Gremienarbeit nahezu komplett digital.

Als nächster Schritt sei die Einführung der elektronischen Akte („E-Akte“) geplant. Darüber hinaus verfolge die Verwaltung Pläne zur Einsetzung von KI-Modulen, außerdem sollen die digitalen Kommunikationswege mit den Aichwalder Bürger/innen weiter ausgebaut werden.

Das große Problem bei der Digitalisierung bestehe nach Ansicht des Kämmerers darin, „dass viele Online-Prozesse schon seit längerem nicht mehr zentral weiterentwickelt werden und daher von den Kommunen selbst zeitaufwändig erstellt und gepflegt werden müssen.“

TOP 2.2: Cybersicherheit - Aktueller Stand

Eine weitere Frage der CDU-Fraktion aus einer der vergangenen Sitzungen bezog sich auf das Thema „Cybersicherheit“ - also dem Schutz von IT-Systemen vor

digitalen Angriffen. GR Prof. Dr. Haug wollte wissen, wie gut die Gemeinde Aichwald hier aufgestellt sei.

Kämmerer Jauß zeigt die Prinzipien der Cybersicherheit anhand einer Präsentation. Diese wird Bestandteil des Protokolls.

„Eine hundertprozentige Sicherheit wird es hier niemals geben können“, so Jauß. Umso wichtiger seien regelmäßige Datensicherungen. Bewährt habe sich dabei die sogenannte 3-2-1-Regel: Drei Sicherungskopien auf zwei unterschiedlichen Speichermedien, wobei eine Kopie an einem externen Ort aufbewahrt werde. Zudem habe die Verwaltung eine Cyberversicherung abgeschlossen, um im „Fall der Fälle“ finanzielle Schäden abzufedern.

GR Prof. Dr. Volker Haug merkt an, dass er sich eine etwas ausführlicherer Darstellung in Form eines separaten Tagesordnungspunktes erhofft habe. Ihm sei noch nicht klar, ob die Gemeinde nun gut aufgestellt sei oder ob es hier noch akuten Handlungsbedarf gebe.

Kämmerer Jauß stellt klar, „bei der Hardware und den Endgeräten sind wir technisch auf der Höhe der Zeit.“ Eine besondere Herausforderung beim Thema Sicherheit stelle allerdings die Vielzahl der wechselnden Nutzer bzw. Mitarbeitenden der Gemeinde und deren Umgang mit möglichen Gefahrenquellen dar. „Hier heißt das Motto: schulen, schulen und nochmals schulen“, so Jauß.

TOP 2.3: Erfolgte Vergaben für das Projekt "Kita/Schule Aichschieß"

GR Knapp spricht das im System unter „Bekanntgaben“ eingestellte Dokument an und möchte wissen, um welches Projekt es sich bei den Vergaben handle. Leiter des Bau- und Umweltamtes Herr Voorwold erklärt, hier seien die erfolgten Vergaben des Projekts "Kita/Schule Aichschieß" aufgelistet. Auf Bitten von GR Knapp diese detaillierter zu erläutern erwidert Voorwold, es handle sich hierbei lediglich um eine Bekanntgabe und um keinen Sachstandsbericht.

TOP 3: Zustimmung zum Protokoll der Sitzung vom 27.04.2026

GR Prof. Dr. Haug moniert beim „TOP 7.2 Post/Packstation in Aichelberg“, er habe nicht die Prüfung der Räumlichkeiten vorgeschlagen, sondern dies lediglich angeregt. Außerdem habe er keine Kenntnis darüber, dass es in Aichelberg eine Bäckerei Holl gegeben habe – er kenne nur die Bäckerei Stolle. Seitens des Gremiums wird bestätigt, dass es sich bei den Räumlichkeiten um die des ehemaligen „Café Holl“ handle. Das Protokoll solle entsprechend korrigiert werden.

Mit Zusage der Verwaltung wird dem Protokoll vom 27.04.2026 einstimmig zugestimmt.

TOP 4: Bericht der Polizei zur Sicherheitslage in Aichwald

BM Jarolim begrüßt zu diesem TOP die Herren Polizeidirektor Rochus Denzel - Leiter des Polizeireviers Esslingen, und Polizeihauptkommissar Joachim Löffler - Leiter des Polizeipostens Plochingen. Diese stellen dem Gremium anhand einer Präsentation die „Polizeiliche Kriminal- und Unfallstatistik (PKS) 2025“ für Aichwald vor. Die Präsentation wird Bestandteil des Protokolls.

Er freut sich, dass die Gemeinde Aichwald die Polizei nach so vielen Jahren wieder zur Präsentation der PKS eingeladen habe, so Polizeidirektor Denzel. Er selbst sei seit 5 Jahren Leiter des Esslinger Polizeireviers und noch nie Gast im Aichwald Gemeinderat gewesen.

Gleich zu Beginn der Präsentation informiert er, „Aichwald ist ein sehr sicheres Pflaster, Sie können sich entspannt zurücklehnen“.

Anschließend erläutert Polizeidirektor Denzel dem Gremium kurz die Begrifflichkeiten:

- Häufigkeitszahl = Zahl der bekannt gewordenen Fälle pro 100.000 Einwohner
- Tatverdächtigenbelastungszahl = Zahl der ermittelten Tatverdächtigen pro 100.000 Einwohner

Die PKS sei eine „Ausgangsstatistik“, so PD Denzel weiter. In die Statistik würden demnach alle Delikte aufgenommen, die in dem besagten Jahr polizeilich abgeschlossen seien. Ein Fall der im Dezember 2024 begangen wurde, zähle bei Abschluss im Januar 2025 dann aber in dieses. Außerdem würde selbstverständlich nur das Hellfeld, also die bekannt gewordenen Fälle, mit in die Statistik aufgenommen.

Die Gesamtzahl der gemeldeten Straftaten in Aichwald sei im Vergleich zum Vorjahr um 19 Prozent gesunken, zudem liege sie im Vergleich der letzten Jahre klar unter dem Durchschnitt. Auch die „Häufigkeitszahl“ liege mit 1.210 (2024: 1.401) deutlich unter der des Landkreises Esslingen (3.715) und dem Durchschnitt von Baden-Württemberg (4.642).

Die Gemeinde Aichwald profitiere hier unter anderem von seiner „abgelegenen Lage“. Die fehlende Nähe zur B10, Autobahn o.ä. sei hier für viele Delikte wie Wohnungseinbrüche eher unattraktiv. Die Stadt Plochingen liege mit einer Häufigkeitszahl von 5.412 im regionalen Vergleich beispielsweise an der Spitze. Dies habe unter anderem damit zu tun, dass in Plochingen die Endstation der S-Bahn sei und Delikte (Sachbeschädigungen etc.) häufig erst dort festgesellt würden.

Von den insgesamt 88 Straftaten die 2025 in Aichwald gemeldet wurden, sei die Zahl der Rohheitsdelikte sowie Delikte gegen die persönliche Freiheit im Vergleich zum Vorjahr leicht von 18 auf 20 gestiegen, während Wohnungseinbruchsdiebstähle (-28,6 %) und allgemeine Diebstahlsdelikte (-22,7 %) rückläufig seien: 2024 habe es hier 22 Straftaten gegeben, 2025 noch 17.

Aufgrund der Cannabis-Legalisierung seien die Straftaten im Bereich des Betäubungsmittelgesetzes von 5 (2023) und 3 (2024) auf 0 zurückgegangen. Auch bei der Häuslichen Gewalt habe sich Aichwald laut PD Rochus Denzel „erfreulicherweise

entgegen dem Trend entwickelt“: Wurden 2023 noch sechs Anzeigen aufgenommen, seien es 2025 nur noch drei Fälle gewesen.

Auch bei der „Tatverdächtigenbelastungszahl“ sei die Entwicklung für Aichwald positiv: 2025 lag diese bei 684, was laut PD Denzel den niedrigsten Wert der letzten fünf Jahre darstelle. Die Anzahl der Tatverdächtigen sei um 19 Prozent von 65 Personen (2024) auf 46 gesunken. Bei den tatverdächtigen Jugendlichen habe es keine Veränderung gegeben, der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger sei von 15 (2024) auf 22 gestiegen. Im Vergleich der absoluten Zahlen gab es laut Polizeistatistik 24 deutsche und 22 nichtdeutsche Tatverdächtige.

Auf Nachfrage von GR Knapp, um welche Straftaten es sich mehrheitlich bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen handle, erklärt Polizeihauptkommissar Joachim Löffler, insbesondere in den beiden Gebäuden zur Unterbringung Geflüchteter in der Krummhardter Straße sei es häufig zu Beleidigungen, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen gekommen. Einen besonders starken Anstieg habe es bei der Zahl der so genannten „Fremdschläfer“ gegeben – ein Delikt, das auch von der Gemeinde als Hausfriedensbruch geahndet werde.

Anschließend gibt PD Denzel einen kurzen Überblick über die sogenannten Auslandsstraftaten. Hierbei handle es sich um Fälle, bei denen sich die Täter im Ausland befinden, während die Geschädigten ihren Wohnsitz in Aichwald haben.

Im Jahr 2025 seien hier 69 Straftaten, einschließlich 33 Versuchen, angezeigt worden - insbesondere in den Bereichen Warenbetrug, Phising, Schockanrufe, Enkeltricks bis hin zum Love Scamming, falschen Polizeibeamten und WhatsApp Fraud. Der Schaden liege in Aichwald bei rund 20.000 Euro und damit laut PD Denzel „noch relativ niedrig“ – insbesondere im direkten Vergleich zum gesamten Polizeipräsidium Reutlingen, wo mit mehr als 12.000 Auslandsstraftaten knapp 40 Millionen Euro erbeutet wurden.

PD Denzel ermutigt die Anwesenden, entsprechende Delikte – auch den Versuch – immer anzuzeigen. Hier sei die Dunkelziffer vermutlich noch um ein Vielfaches größer, da sich viele Geschädigte aus Scham nicht melden. Mit der Prävention sei man in diesem Bereich nahezu „am Ende“. Die Polizei habe viele Veranstaltungen abgehalten, unter anderem auch Theaterstücke speziell für Senioren.

Positiv sei die Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen auf der Gemarkung Aichwald: Mit einem Rückgang um 22 Prozent auf 89 Unfälle (davon 64 Kleinstunfälle) sei dies der niedrigste Wert der letzten fünf Jahre. Besonders erfreulich: Bei keinem Unfall habe es Tote oder Schwerverletzte gegeben, leicht verletzt wurden insgesamt acht Personen. PD Denzel stellt klar: die rote Markierung auf der Karte (Folie 27) sei keinesfalls ein Unfallschwerpunkt. Es handle sich hierbei lediglich um eine Häufung, vermutlich im Bereich des Supermarktparkplatzes.

Die Aufklärungsquote in Aichwald sei von 57% auf 50% Prozent gesunken. Polizeihauptkommissar Löffler erklärt dies mit der insgesamt gestiegenen Zahl an Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen. 2024 habe es hier 6 Fälle gegeben, 2025 mit 15 Fällen mehr als doppelt so viele. Vor allem in diesem Bereich gestalte sich die Täterermittlung sehr schwierig.

Die Vertreter aller Fraktionen bedanken sich bei den beiden Polizeibeamten nicht nur für die ausführliche Vorstellung der Kriminal- und Unfallstatistik für Aichwald, sondern auch für die wichtige Arbeit, die die Polizei tagtäglich für die Gesellschaft leiste.

Auf Nachfrage von GR Neumann, welche Empfehlung die Polizei bei sogenannten Fake-Anrufen habe, erklärt PD Denzel, hier könne man die eingehenden Nummer sperren. Wenn der Anruf überhaupt entgegengenommen wird, solle man lediglich mit „Bitte“ antworten – niemals aber sollte man seinen Namen nenne oder „Ja“ sagen. Dies könne aufgezeichnet und im Anschluss in einen anderen Kontext gebracht werden. Weiter macht er deutlich, sollte die Polizei anrufen, erfolge dies immer mit einer amtlichen Rufnummer - niemals mit der „110“ – das sei nicht möglich.

GR Föhl möchte wissen, was nach Einschätzung der beiden Polizeibeamten die größten Herausforderungen der nächsten Jahre seien. PD Denzel nennt hier vor allem die Personalsituation bei der Polizei. Die Vorgänge würden immer komplexer, auch die Kollegen vom Streifendienst müssten alle Situationen detailliert in der Tiefe bearbeiten können. Hinzukomme, dass Meinungsverschiedenheiten nicht mehr mit Argumenten, sondern zunehmend mit Gewalt „geklärt“ würden. Auch sei das Mitführen von Messern für einige Kulturkreise „völlig normal“. Wichtig zu wissen sei hier, dass die PKS niemals das Sicherheitsgefühl abbilden könne.

GR`in Graf-Faiß fragt, wie entsprechende Delikte wie Sachbeschädigungen (Spiegel abgefahren) oder Fake-Anrufe gemeldet werden sollen, um der Polizei die Arbeit zu erleichtern. PD Denzel erklärt, dies könne telefonisch auf dem Posten oder dem Revier gemeldet werden. Polizeihauptkommissar Löffler ergänzt, zudem könne die Meldung auch gerne per E-Mail oder über die „Onlinewache“ erfolgen.

BM Jarolim bedankt sich bei den beiden Polizeibeamten und freut sich über die gute Entwicklung. Diese gehe „in eine gute Richtung“.

TOP 5: Zuschlagsvergabe Breitbandausbau Lückenschlussprojekt Am Waldeck
Vorlage: 2026/73 GR

1. Der Gemeinderat beschließt, den Zuschlag zum Bau und Betrieb eines Breitbandnetzes im Rahmen der „Lückenschluss-Förderung“ für das Gebiet „Am Waldeck-Waldstraße-Buchenteich“ an die Telekom Deutschland GmbH zu erteilen.
2. Der Gemeinderat ermächtigt den Bürgermeister, den Zuwendungsvertrag mit der Telekom Deutschland GmbH abzuschließen.

TOP 6: Feuerwehrfahrzeug - Vergabe Auftrag GWL2
Vorlage: 2026/75 GR

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Aufträge für einen Gerätewagen Logistik 2 für

- Los 1: Fahrgestell und Aufbau
- An: Schmitz Feuerwehrtechnik GmbH (Farnstädt)

- Los 2: Beladung
An: Wilhelm Barth GmbH & Co. KG (Fellbach)
zu.

TOP 7: Feuerwehrfahrzeug - Vergabe Auftrag TLF3000
Vorlage: 2026/76 GR

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der Aufträge für ein TLF3000 für

- Los 1: Fahrgestell und Aufbau
An: Rosenbauer Deutschland GmbH

- Los 2: Beladung
An: Wilhelm Barth GmbH & Co. KG (Fellbach)
zu.

TOP 8: Zustimmung zur Wahl des Feuerwehrkommandanten und Wahl der Abteilung Schanbach
Vorlage: 2026/72 GR

Der Gemeinderat stimmt der Wahl von

- Herrn Daniel Köttinger zum Feuerwehrkommandanten
- Herrn Andreas-Joachim Wilk zum Stv. Feuerwehrkommandanten
- Herrn Marius Fischer zum Stv. Abteilungskommandanten Schanbach
zu.

TOP 9: Verschiedenes

TOP 9.1: Technischer Ausschuss - Vorgehensweise bzgl. Entscheidungen des LRA

GR Baumann bezieht sich auf den Technischen Ausschuss (TA) und äußert seine Unzufriedenheit darüber, dass in der Vergangenheit bei zahlreichen Entscheidungen das gemeindliche Einvernehmen vom Landratsamt ersetzt wurde.

Das gemeindliche Einvernehmen sei das gesetzlich verankerte Mitspracherecht der Kommune bei Bauvorhaben, um die kommunale Planungshoheit zu sichern. Dabei entscheide der Technische Ausschuss im Auftrag des Gemeinderats, ob ein Vorhaben städtebaulich erwünscht ist oder nicht. In letzter Zeit habe sich das Landratsamt als Untere Baurechtsbehörde häufig über die Entscheidungen des TA hinweggesetzt, indem es das Einvernehmen „ersetzt“ und Baugenehmigungen erteilt hatte.

Dieses Vorgehen sei für die Mitglieder des Technischen Ausschusses sehr frustrierend, da alle viel Zeit in ihre ehrenamtliche Tätigkeit investierten, so GR Baumann. Im Sinne eines „besseren gegenseitigen Verständnisses“ bittet er die Verwaltung darum, einen Vertreter des Landratsamts in eine der nächsten TA-Sitzungen einzuladen.

GR Prof. Dr. Haug informiert, bei der Beurteilung gebe es zwei wesentliche Unterschiede, die beachtet werden müssten: der TA könne nur zu bauplanungsrechtlichen (städtebaulichen) Belangen Stellung nehmen - liegen die Entscheidungsgründe im bauordnungsrechtlichen Bereich, habe die Gemeinde keine Handhabe. Anders sehe es aber aus, wenn die Untere Baurechtsbehörde das Einvernehmen der Gemeinde ersetze, obwohl der TA aus bauplanungsrechtlichen Gründen dieses abgelehnt habe. Weiter führt GR Prof. Dr. Haug aus, hier habe es eine Rechtsänderung gegeben: Im Gegensatz zu früher, könne das Einvernehmen der Gemeinde durch die Untere Baurechtsbehörde zwischenzeitlich ersetzt werden – jedoch nur, wenn die Ablehnung rechtswidrig erfolgt sei.

Er schlägt vor, seinerseits nochmal mit dem Landrat über die Situation zu sprechen und diesen zu bitten einen Vertreter der Unteren Baurechtsbehörde in den TA zu entsenden. Außerdem müsse man sich ernsthaft überlegen, bei Vorliegen eines entsprechenden Falls – bei dem das Einvernehmen eindeutig aus städtebaulichen Gründen versagt wurde – mit diesem vor das Verwaltungsgericht zu ziehen und zu klagen. Die Gebühren seien hier überschaubar und man könne damit ein klares Signal setzen.

Bauamtsleiter Voorwold informiert, in der vergangenen Sitzung des TA (27.04.2026) sei ein entsprechender Fall behandelt worden, mit dem man (im Falle einer Ersetzung) diesen Weg sicher beschreiten könne.

BM Jarolim sagt zu, mit dem Landratsamt Kontakt aufzunehmen und einen Vertreter in den Technischen Ausschuss einzuladen, um die unterschiedlichen Sichtweisen klären zu können.